

## Schäubles Schilda

Von Friederike Spiecker | 19.07.2013

Einen Tag nach der Zustimmung des griechischen Parlaments (mit äußerst knapper Mehrheit) zur Entlassung von 15 000 Staatsbediensteten bis Ende 2014 stattete der deutsche Bundesfinanzminister Athen gestern einen Besuch ab. Im Gepäck hatte er die Zusage von 100 Millionen Euro für einen griechischen Wachstumsfonds, der die Finanzierung kleiner und mittelständischer Unternehmen fördern soll.

Wenn jeder der betroffenen Staatsbediensteten auch nur 30 000 Euro jährlich verdient und für eine Übergangsfrist noch Dreiviertel seiner Bezüge erhält, geht das Arbeitseinkommen in Griechenland allein durch diese Beschneidung des öffentlichen Sektors anfangs um über 112 Millionen Euro zurück, später, wenn die Entlassenen keine andere Stelle finden, um 450 Millionen Euro pro Jahr. Dass diese Menschen im öffentlichen Dienst kaum eine Stelle bekommen werden, liegt auf der Hand. Denn alle staatlichen Ressorts sind zum Sparen aufgerufen. Dass sie im privaten Sektor mit offenen Armen aufgenommen werden, steht ebenfalls nicht zu erwarten. Vor ihnen warten nämlich schon über eine Million Arbeitslose auf einen neuen Arbeitsplatz.

Fragt sich, was der geplante Wachstumsfonds – es ist von 500 Millionen Euro insgesamt die Rede – ausrichten kann. Welches Kleinunternehmen scharrt mit den Hufen, endlich seine Kapazitäten ausweiten und mehr Personal einstellen zu können, wenn es denn nur eine Finanzierung für seine Pläne zustande brächte? Solche Fälle mag es geben, denn bekanntlich sind die griechischen Banken klamm und zögerlich bei der Kreditvergabe. Doch aus welchem Grund sind sie das? Doch auch deshalb, weil sie die Renditen solcher auf Finanzierung wartenden Projekte skeptisch einschätzen, da es an gesamtwirtschaftlicher Nachfrage fehlt. Wenn man zwischen Kreditklemme, d.h. Mangel an Geld für Sachinvestitionen, und Liquiditätsklemme, d.h. Mangel an Geld für den laufenden Transaktionsbetrieb, unterscheiden könnte, würde sich wohl herausstellen, dass es häufig um Liquiditätsklemmen geht. Die sollte man natürlich schleunigst beseitigen, gern auch mit Hilfe eines Fonds. Aber dass das auch nur einen Hauch von Aufschwung, von Sachinvestitionen oder gar zusätzlichen Arbeitsplätzen brächte und nicht einfach nur das mühsame Aufrechterhalten eines Minimums an Arbeitsteilung, von dieser Illusion sollte man sich ebenfalls schleunigst verabschieden.

Wenn der Gesamtwirtschaft mit der Sparaktion durch Stellenstreichung im öffentlichen Dienst anfangs mindestens genau so viel und auf Dauer mehr als das Vierfache von dem an Nachfrage entzogen wird, was Wolfgang Schäuble an Förderkrediten für die Privatwirtschaft aus deutschen Mitteln in

den Wachstumsfonds stecken will, kann die Rechnung nicht aufgehen. Mit einer kleinen Gießkanne lässt sich auch auf Dauer kein Fass befüllen, dessen Boden man fleißig durchlöchert, allenfalls ein neues Kapitel in dem dicken Buch über Schildbürgerstreiche.

## Über den Autor



**Friederike Spiecker** ist Diplom-Volkswirtin und lernte das Handwerkszeug zur theoretischen und empirischen Makroökonomie am Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. Heute arbeitet sie als freie Wirtschaftspublizistin und ist in der wirtschaftspolitischen Beratung von Parteien, Gewerkschaften und Verbänden tätig.

---

Veröffentlicht am: 19.07.2013

Erschienen unter: <https://makroskop.eu/2013/07/schaubles-schilda/>